

## **19. Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung**

Antrag des Regierungsrates vom 21. Juni 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 31. Oktober 2023

KR-Nr. 210/2022

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Referentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Ich vertrete hier unseren KEVU-Präsidenten, Andreas Hasler, der krank ist, und ich muss jetzt ein bisschen improvisieren, denn ich habe kein Votum vorbereitet, um die Vorlage vorzustellen. Wir haben aber in der KEVU das dringliche Postulat von Wilma Willi betreffend «Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung» beraten. Die Erstpostulantin wurde angehört. Der Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) hat uns in der Sitzung mehrfach ausgeführt, dass das Verfahren ein Bundesverfahren ist, aber dass der Kanton dennoch mehrfach involviert ist. Unter anderem besteht eine Arbeitsgruppe «Sicherheit Kantone» (*AG SIKA*) und eine kantonale Expertengruppe «Sicherheit». Der Kanton unterstützt auch die Standortregion und die Standortgemeinden bei den derzeitigen Abgeltungsverhandlungen. Es gibt eine Expertengruppe, wie schon bereits erwähnt. Eine Schwierigkeit ist, dass die Experten in der Schweiz nicht so zahlreich sind in diesem Gebiet. Sie arbeiten vor allem beim ENSI (*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat*), bei der Nagra (*Nationale Gesellschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*) oder bei einem Kernkraftwerk. Und wenn sie die Stellen wechseln, dann wechseln sie eben untereinander, das ist ein kleiner Zirkel. Und die Experten müssen für die Expertengruppe auch Deutsch sprechen können, auch das macht es nicht so einfach, Experten zu finden. Aber der Kanton ist sehr gut aufgestellt, das wurde uns gut dargelegt. Es gibt auch eine Homepage, es gibt eine Mailadresse und eine Telefonnummer, damit die kantonalen Fachleute erreichbar sind.

Der Baudirektor hat das wichtige Anliegen erkannt und hat uns glaubwürdig und wirklich mehrfach dargelegt, dass alles gut aufgestellt ist. Die Kommission wird deshalb das Postulat einstimmig als erledigt abschreiben und auch die FDP wird das so machen. Besten Dank.

*Urs Wegmann (SVP, Neftenbach):* Die SVP/EDU-Fraktion anerkennt die herausfordernde Situation für die betroffenen Gemeinden. Diese wünschen sich mehr Unterstützung. Die betroffenen Gemeinden können ja nichts dafür, dass ihre Region ausgewählt wurde. Jedoch wurden die Forderungen bereits mehrheitlich erfüllt. Es gibt, wie schon gesagt, relativ wenige Fachleute auf diesem Fachgebiet. Diese sind bereits weitgehend involviert. Es droht eher die Gefahr, dass andere selbsternannte unabhängige Fachleute, welche am Ende im schlimmsten Fall eher

ideologische Schwurbler sind, in ein Projekt eingebunden werden könnten. Das wollen wir nicht. Das wäre nicht zielführend.

Grundsätzlich sind alle nötigen Instrumente vorhanden. Die Gemeinden können und sollen mit ihren Anliegen konkret an den Kanton herantreten. Wir nehmen die Regierung diesbezüglich beim Wort, dass sie die nötige Unterstützung auch, wie versprochen, den Gemeinden zukommen lässt, wenn sie verlangt wird. In diesem Sinne unterstützen auch wir die Abschreibung des Postulats.

*Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen):* Vielen Dank für den Bericht zu unserem dringlichen Postulat. Aus Ihren Darlegungen ist ersichtlich, dass Sie unserem Anliegen nach einer sehr breit abgestützten fachlichen Begleitung Rechnung tragen. Es ist äusserst wichtig, dass hier unabhängige Expertinnen und Experten beigezogen werden können. Ebenfalls ist erfreulich, dass durch eine Reorganisation des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft und einer geplanten Aufstockung des Personals eine eigene Sektion für das Tiefenlager radioaktiver Abfälle gebildet wurde, welche die thematische Gesamtkoordination übernimmt und als Schnittstelle zwischen Gemeinden, Bund und Nagra fungieren soll. Wir sind froh, dass diese Massnahmen unternommen worden sind. Die Sicherheit ist bei diesem Projekt das oberste Gebot. Der schwierigste und sensibelste Bereich ist meines Erachtens aber die Unterstützung der Standortregionen und der betroffenen Standortgemeinden, insbesondere von Stadel und Glattfelden. Ganz schwierig erscheint mir, dass es für die im SGT (*Sachplan geologisches Tiefenlager*) festgehaltenen Abteilungen keine gesetzlichen Grundlagen gibt und diese mit den Entsorgungspflichtigen verhandelt werden müssen. Hier ist der Kanton in der Pflicht. Es ist für die betroffenen Gemeinden von ausserordentlicher Wichtigkeit, dass sie alle nur erdenkliche Unterstützung für diese Verhandlungen erhalten, sonst wird es ein Kampf zwischen David und Goliath. Auch muss unbedingt, wenn man über Abteilungen spricht, den am direktesten betroffenen Gemeinden Stadel und Glattfelden und je nach Bauvorhaben auch Weiach die grosszügigsten Entschädigungen zukommen lassen, tragen diese doch die Last der gesamten Schweiz. Wir danken der Regierung für die Antwort und schieben das Postulat ab.

*Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich):* Der Regierungsrat sollte gemäss Postulat darlegen, wie die wissenschaftliche Begleitung des Sachplans geologisches Tiefenlager gestärkt werden kann. Die Postulantin forderte konkret, die Arbeits- und Expertengruppe unabhängiger und internationaler zusammenzusetzen, und sie verlangte auch zu prüfen, wie die Gemeinden unterstützt werden können. Gemäss Regierungsrat wurden diese Anforderungen umgesetzt. In diesem komplexen Unterfangen bleiben weiterhin viele Fragen offen und das wird noch lange so bleiben. Wir nehmen die Abschreibung zur Kenntnis und werden das Projekt weiterhin genau beobachten und am Thema dranbleiben. In der Zwischenzeit geniessen wir die idyllischen Visualisierungen und schönen Zukunftsperspektiven der Nagra für die betroffenen Gemeinden, die heute in der Zeitung kursieren. Besten Dank.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Ich danke dem Regierungsrat für sein schnelles Handeln und den ausführlichen Bericht. Das dringliche Postulat von Wilma Willi ermöglicht es nun, dass das Verfahren auch von kantonaler Seite her kritisch begleitet wird und durch die KEF-Erklärung (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) von Florian Meier, drei neue Stellen für Fachpersonal für die wissenschaftliche Expertise und Begleitung der Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Der Bund stellt neben dem ENSI drei weitere Expertengruppen, Deutschland eine Expertengruppe – speziell für unser Tiefenlager. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Kanton Zürich im Prozess zum atomaren Lager in Stadel eine kritische Haltung zu den Verfahren und den Resultaten einnehmen kann. Im Vordergrund muss immer die Sicherheit, die Sicherheit der Bevölkerung stehen. Der Kanton soll die Standortgemeinden möglichst gut unterstützen. Es freut uns zu hören, dass der Regierungsrat plant, den Austausch mit den Standortgemeinden zu stärken. Wir fordern den Regierungsrat auch dazu auf, erstens, dass der Kanton Druck auf das BFE (*Bundesamt für Energie*) ausübt, dass dieses laufend überprüft, ob die Standortregion und die Standortgemeinden noch richtig definiert sind. Mir ist klar, dass dies aufgrund anderer Voraussetzungen beim Transport, der Lagerung angepasst werden können muss. Der Kanton muss, zweitens, den Gemeinden betreffend die Abgeltungen, welche eben, wie erwähnt, gesetzlich nicht geregelt sind, gegenüber dem Bund und den Betreibern einen guten Support bieten. Ich denke, das ist zentral, damit diese Gemeinden nicht als Verlierer aus diesen Verhandlungen hervorgehen. Drittens ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Wilma Willi (Grüne, Stadel):* Vielen Dank für den Bericht. Je intensiver man sich mit den verfügbaren Dokumenten befasst, desto mehr kommen Zweifel auf, wie wirksam die Prüfung und die Begleitung sind. Dazu zwei Beispiele: Die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone berichtete 2017, dass die Sondierbohrungen der Nagra bislang nur partiell Hinweise auf das Tiefenwasserregime lieferten. Zielgerichtete Untersuchungen sollen gemäss AG SIKA in der jetzigen Etappe Folgendes klären: Druckverhältnisse, Fliesswege, Verweilzeiten, Exfiltrationszonen. Unklar ist, wie die Nagra diese Kritik nun in der Etappe 3 beachtet. Wir haben ober- und unterhalb der für das Tiefenlager vorgesehenen Opalinustonsschicht in Stadel Tiefengrundwasserleiter, die in Zurzach und Baden genutzt werden. Wir müssen wissen, wie Radioaktivität der deponierten Abfälle in dieser Grundwasserleiter diffundieren und in welcher Dosis die Tiefengrundwasser an die Oberfläche gelangen. Wir sehen bis jetzt noch keine belastbaren Daten dazu.

Zweites Beispiel: Die AG SIKA schrieb 2020 in einer Stellungnahme, dass das ENSI der Nagra zu viel Spielraum gibt, insbesondere auch bei der Festlegung der Anordnungen und Anforderungen und Auslegungsgrundsätzen. Es kann ja wohl nicht sein, dass die Nagra die Spielregeln selber verfasst; Aufsicht sieht anders aus. Der Sicherheit ist es geschuldet, dass wir alle Prozesse kritisch betrachten. Ich danke dem Regierungsrat für die unabhängige und kritische Prüfung des Projektes und für die Begleitung der Gemeinden; dies auch, weil viel Geld in PR

gesteckt wird, um uns zu beruhigen, und weil wir die Geologie nicht selber untersuchen können. Wir schreiben heute ab, aber wir bleiben dran, denn nur sicher ist sicher.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Besten Dank für die Ausführungen. Für einmal ist es eine verkehrte Welt hier drinnen: Die FDP ist überaus zufrieden mit dem Herrn Baudirektor Martin Neukom, besten Dank. Und es sind die Grünen, die offenbar nicht zufrieden sind. Ich kann hier wiederholen, was ich damals schon bei der Überweisung dieses dringlichen Postulats gesagt hatte: Wir verstehen die ganze Aufregung um die unabhängige wissenschaftliche Begleitung nicht so ganz. Man hätte das bereits vor anderthalb Jahren im KEF nachlesen können. Es ist ganz klar, dass der Kanton Zürich seine Interessen – und das steht so im Legislaturziel, im KEF unter «BD 7.4» nachzulesen: Der Kanton wahrt seine Interessen bezüglich Bau des geologischen Tiefenlagers. Und es gibt auch ein Unterziel, das formuliert wurde, und zwar: Die sicherheitstechnischen Fragen des geologischen Tiefenlagers bezüglich der Gewährleistung der Trinkwasserreserven – hier wieder das Thema –, der Bautechnik und Erosion sind geklärt. Die fachliche Unterstützung der Regionalkonferenzen und betroffenen Zürcher Gemeinden ist sichergestellt. Also ich meine, die Zürcher Regierung hat das Thema erkannt und unterstützt die Gemeinden. In diesem Sinne wird die FDP selbstverständlich dieses dringliche Postulat abschreiben.

Vielleicht noch ein Wort zu meinen Interessenbindungen: Natürlich wissen das alle hier drin, ich bin bei Forum VERA (*Forum für sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle*) und ich bin auch Mitglied der Regionalkonferenz. Und hier gibt es verschiedene Punkte, die in letzter Zeit besprochen worden sind und die auch in nächster Zukunft besprochen werden, unter anderem beispielsweise die UVP, die Umweltverträglichkeitsprüfung. Da wird es weitere Hinweise eben genau auf die von Frau Willi gestellten Fragen geben.

Bezüglich des Projektperimeters ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal:* Liebe Barbara, ich glaube, du musst besser zuhören in Zukunft. Wir schätzen unseren Regierungsrat sehr (*Heiterkeit*) und in beiden Voten haben wir ihm herzlich gedankt für seine schnelle und gute Arbeit, die er hier geleistet hat. Und wir sind extrem froh, dass er in dieser jetzigen Situation an diesem Posten sitzt, denn das ermöglicht uns einen kritischen Blick. Wir haben da also nicht jemanden, der die Augen verschliesst vor wichtigen Aufgaben, das ist zentral für die Bevölkerung in den Gemeinden, im Kanton und in der ganzen Schweiz.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* In weihnächtlicher Minne wird das Wort nicht mehr weiter gewünscht. Es spricht noch der Baudirektor Martin Neukom.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Vielen Dank für dieses Lob. Die Nagra wird voraussichtlich 2024 das Rahmenbewilligungsgesuch für das geologische Tiefenlager einreichen. Sowohl der Sachplan des geologischen Tiefenlagers als auch das

Kernenergiegesetz sehen die Beteiligung der Standortkantone vor. Konkret heisst es dort: «Die Anliegen der Kantone sind zu berücksichtigen, soweit sie das Projekt nicht übermässig einschränken.» Also unsere Rolle, die Rolle des Standortkantons ist es, Stellung zu nehmen und des Weiteren natürlich auch noch die Gemeinden zu unterstützen. Wir begleiten dieses Projekt kritisch – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wir lassen uns fachlich beraten von der AG SIKa KES, das ist die Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone und kantonale Expertengruppe Sicherheit. Sie ist bestückt, international bestückt, von Experten in verschiedenen Fachbereichen. Das sind die Fachbereiche Umwelt, Geophysik, Hydromechanik, Geologie, Erosion, Endlagersysteme, Tektonik, Bodenmechanik, Geotechnik und Risikomanagement. Also in all diesen Fachbereichen lassen wir uns von externen Fachleuten beraten, und diese Fachleute sind von uns bezahlt, also von den Kantonen, und sind deshalb auch uns rechenschaftspflichtig. Wir können also, wenn Sie so wollen, eine Dritt- oder auch eine Viertmeinung abgeben, und wie gesagt, wir begleiten das Projekt kritisch.

Wenn die Präsidentin es mir erlaubt, sage ich gerne noch kurz ein Wort zur Frage wegen des Tiefengrundwassers. Ja, es hat Tiefengrundwasser, das war immer schon klar. Es hat Tiefengrundwasser sowohl oberhalb wie auch unterhalb des Lagers, das hat es an allen untersuchten Standorten. Diese tiefen Grundwasser nennt man «Aquifere». Die Frage ist also: Wie gross ist die Distanz vom geplanten Lager zum Tiefengrundwasser oberhalb und zum Tiefengrundwasser unterhalb? Man hat unter anderem darum den Standort in Stadel, also in Nördlich Lägern gewählt, weil dort der Abstand zwischen dem Lager und den grundwasserführenden Schichten am grössten ist. Das heisst, die Barriere, die das radioaktive Material trennen soll, denn es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass es in dieses Grundwasser gelangt, diese Barriere ist da am grössten. Fazit: Wir begleiten das Verfahren mit internationalen Fachleuten und wir unterstützen die Gemeinden überall da, wo sie unsere Unterstützung benötigen. Wir bitten Sie, dieses Postulat abzuschreiben.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

**Das Postulat KR-Nr. 210/2022 ist abgeschrieben.**

Das Geschäft ist erledigt.